

Wiener Dialog zur Zukunft Europas 2022

LEITFRAGEN

Panel 1: Europapolitische Leitbilder und aktuelle Herausforderungen in Deutschland und Österreich

Kurz vor dem Ende der Konferenz zur Zukunft Europas stellt sich mit großer Dringlichkeit die Frage, wie die Ergebnisse der Konferenz umgesetzt werden sollen. Gleichzeitig gilt es, die Konferenzergebnisse insbesondere im Bereich der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine neu zu bewerten. Die Vorstellungen, wie EU-Reformen umgesetzt werden könnten, gehen sehr weit auseinander. Sie reichen von einem vertragsändernden Konvent bis zur Umsetzung durch die EU-Organe im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen. Entscheidend dafür wird eine breite Unterstützung durch die Regierungen der 27 Mitgliedstaaten. Sollten Deutschland und Österreich hierfür zusammen Vorschläge entwickeln? Welche Initiativen liegen im gemeinsamen Interesse beider Länder? Welche weiteren europäischen Partner könnten wir diese Initiativen gewonnen werden?

Arbeitsgruppe „Außenpolitik“: Wie lässt sich die Akteursfähigkeit der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken?

Eine Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik steht seit Jahren auf der Reformagenda der EU. Einige Projekte wurden besonders im Bereich der PESCO angestoßen. Russland führt jedoch mit dem Einmarsch in der Ukraine und den Drohungen gegen EU und NATO die Konsequenzen der Versäumnisse in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik drastisch vor Augen. Schien der Schock des 24. Februar 2022 kurzfristig ein Fenster für eine umfassende Reform der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu öffnen, so kommen trotz einiger noch nie dagewesener Entscheidungen auf EU-Ebene alte Konfliktlinien innerhalb Europas erneut zum Vorschein. Wie lassen sich angesichts der unterschiedlichen strategischen Kulturen der EU-Mitgliedstaaten die notwendigen Reformen zeitnah angehen? Welche konkreten Projekte und Reformen sollten aus deutscher und österreichischer Sicht kurzfristig angestoßen werden? Wie sollte langfristig eine neue europäische Sicherheitsarchitektur aussehen für die sich die EU einsetzt?

Arbeitsgruppe „Wirtschafts- und Währungspolitik“: Next Generation EU – Prototyp oder einmaliges Rettungspaket?

Fast zur Halbzeit der Verausgabung der Gelder von Next Generation EU ist es Zeit, ein Zwischenfazit zu ziehen. Wird die EU mit dem größten Konjunkturprogramm ihrer Geschichte, den beabsichtigen wirtschaftspolitischen Impuls geben können? Falls nein, was sind die Defizite und Probleme? Lassen sie sich bis Ende 2023 noch beheben? Die Analyse ist zudem notwendige

Grundlage für die Diskussion über die Ausgestaltung der Rückzahlung der aufgenommenen Kredite und der anstehenden Debatte, ob NGEU ein einmaliges Rettungspaket oder Prototyp für die Fortentwicklung der europäischen Integration ist. Gleichzeitig ist mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Bereich der Verteidigungspolitik neuer Finanzbedarf – für Waffenlieferungen an die Ukraine und die Modernisierung europäischer Verteidigungskapazitäten – entstanden, der gemeinsam effizienter als nach Mitgliedstaaten getrennt zu decken ist. Droht mit dem Krieg in der Ukraine eine Verstärkung von NGEU?

Arbeitsgruppe „European Green Deal“: Wie erfolgt die energiepolitische Umsetzung in Deutschland und Österreich?

Sowohl aus Sicht der Klimapolitik als auch aus Sicht der Geopolitik kommt den energiepolitischen Initiativen im Rahmen des „European Green Deal“ eine entscheidende Bedeutung zu. Europa muss unabhängiger von fossilen Energieträgern werden. Wie lässt sich dieses Ziel jedoch kurzfristig realisieren, ohne dass die Kosten der Energiewende zu einer Rezession führen? Diese Frage entscheidet sich nicht in Brüssel, sondern bei der konkreten Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Wie sieht es hier in Deutschland und Österreich aus? Welche Initiativen wurden ergriffen, welche Prioritäten gesetzt? Wo können die beiden Länder voneinander lernen? Welches Umdenken hat seit dem 24. Februar 2022 eingesetzt?

Arbeitsgruppe „Erweiterungspolitik“: Wie weiter mit auf dem Westbalkan?

Die aktuellen Herausforderungen in der Erweiterungspolitik gegenüber dem Westbalkan haben eine innenpolitische und eine außenpolitische Dimension. Intern hat die EU weiterhin kein gemeinsames Verständnis darüber finden können, wie es mit der Erweiterungspolitik weitergehen soll. Die letzten Fortschritte überdecken dabei diesen Konflikt mehr als dass sie ihn lösen. Angesichts des Beitrittsantrags der Ukraine hat sich der Konflikt zwischen den Befürwortern einer schnellen Erweiterung aus geostrategischen Gründen und den Verfechtern einer konsequenten Durchsetzung der Beitrittskriterien erneut zugespitzt. Was können Deutschland und Österreich tun, um Frankreich und andere Skeptiker für konkrete Fortschritte in der Erweiterungspolitik zu gewinnen? Die jüngsten Entwicklungen auf dem Westbalkan bestärken hauptsächlich die Skeptiker einer baldigen Erweiterung. Welche Angebote kann die EU den Ländern des Westbalkans machen, um ihren Reformwillen stärken und konkrete Fortschritte zu fördern?

Panel 2: Schwerpunkte der Europapolitik der Ampelkoalition

Das Bekenntnis zur Schaffung eines föderalen europäischen Bundesstaates im Koalitionsvertrag der seit Herbst 2021 amtierenden Ampel-Koalition in Deutschland hat unter Europabegeisterten eine kleine Euphorie ausgelöst. In Abhängigkeit vom Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahl könne das deutsch-französische Tandem nun eine Reform der EU anstoßen. Hat das Bekenntnis zum europäischen Bundesstaat aber überhaupt mehr als nur symbolischen Wert? Ist mit einer Änderung der deutschen Europapolitik zu rechnen? Wo will die deutsche Bundesregierung europapolitische Schwerpunkte setzen? Wie hat der russische Krieg gegen die Ukraine diese Schwerpunktsetzung verändert? Gibt es eine realistische Aussicht, dass die deutsche Bundesregierung mit diesen Initiativen Unterstützung bei anderen Regierungen finden wird?